

# Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Berichte · Nachrichten · Meinungen

## Politik und Sicherheit

### Überschattetes Konferenzgeschehen

HANS GÜNTER BRAUCH

#### **Abrüstungskonferenz: 1999 weiterhin Stillstand, aber Einigung über Erweiterung des Gremiums – USA lehnen Befassung mit der nuklearen Abrüstung ab**

(Dieser Beitrag setzt den Bericht von Hans Günter Brauch, Anhaltende Flaute, VN 1/1999 S. 16, fort.)

Die Flaute, die 1997 und 1998 bei der *Abrüstungskonferenz (CD)* in Genf vorherrschte, hielt auch 1999 an. Das Gremium (Zusammensetzung: VN 2/1999 S. 94) trat 1999 wieder zu drei Sitzungsperioden zusammen: vom 18. Januar bis zum 26. März, vom 10. Mai bis zum 25. Juni und vom 26. Juli bis zum 8. September.

Die Tagesordnung von 1997 und 1998 wurde übernommen; gleichwohl – oder vielleicht gerade deshalb – ging die erste Sitzungsrunde ohne jeglichen Fortschritt zu Ende. Die Konferenz konnte sich weder auf ein Arbeitsprogramm noch auf die Wiedereinsetzung des im Spätsommer 1998 eingerichteten Ad-hoc-Ausschusses zur Aushandlung eines Verbots spaltbaren Materials einigen. Auch zu den Fragen der nuklearen Abrüstung, der Verhinderung eines Rüstungswettlaufs im Weltraum und der negativen Sicherheitsgarantien für Nichtkernwaffenstaaten war keine Übereinstimmung möglich. In den Verhandlungen regten einige Staaten eine Einbeziehung von Kleinwaffen an, während andere wieder über negative Sicherheitsgarantien und die Verhinderung eines Rüstungswettlaufs im Weltraum verhandeln wollten. China und die Blockfreien schlugen hierzu die Einsetzung eines Ad-hoc-Ausschusses vor. Fragen der Landminen und der Rüstungstransparenz wurden ohne Nachdruck angesprochen. Die Vereinigten Staaten und Finnland regten ein Verbot des Exports von Anti-Personen-Minen an.

Auch in der zweiten Sitzungsperiode war keine Einigung über ein Arbeitsprogramm möglich. Ein Haupthindernis war hier die Ablehnung der USA, einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe zu Fragen der nuklearen Abrüstung und zur Verhinderung eines Rüstungswettlaufs im Weltraum zuzustimmen. In der dritten Runde erfolgte ebenfalls kein Durchbruch. Eine Einigung gab es nur hinsichtlich einer künftigen Erweiterung der CD um fünf neue Mitglieder: Ecuador, Irland, Kasachstan, Malaysia und Tunesien. Eine darüber hinausgehende Ausweitung der Mitgliedschaft um 21 weitere Staaten lehnen die USA aber so lange ab, wie kein inhaltlicher Fortschritt erfolgt.

Oft ist es allerdings die Haltung der Vereinigten Staaten selbst, die verhindert, daß Bewegung ins Konferenzgeschehen kommt. Ein Kompromißvorschlag, einen von Washington geforderten Ad-hoc-Ausschuß für ein Verbot spaltbaren Materials mit der Einrichtung von Ad-hoc-Arbeitsgruppen zum Rüstungswettlauf im Weltraum, zur nuklearen Abrüstung und zu negativen Sicherheitsgarantien zu verknüpfen, scheiterte nicht zuletzt am Einspruch der USA, deren kompromißlose Haltung zu Fragen der nuklearen Abrüstung nach Ansicht vieler Delegationen für den Stillstand mitverantwortlich war. Vor allem zur Frage der nuklearen Abrüstung und zum Rüstungswettlauf im Weltraum konnten die bestehenden Differenzen nicht überwunden werden.

Belastet wurde die Tagung auch durch den Krieg der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, den Angriff auf die chinesische Botschaft in Belgrad, die Ankündigung einer Nukleardoktrin seitens Indiens und durch die Bemühungen der USA, eine nationale Raketenabwehr aufzubauen und den Vertrag über Systeme zur Abwehr ballistischer Flugkörper (ABM-Vertrag) zu modifizieren. □

## Wirtschaft und Entwicklung

### Reale und fiktive Rechnungen

JÜRGEN MAIER

#### **Umwelt: Klimakonferenz in Bonn – Technisches zum Kyoto-Protokoll – Gemeinsame, aber differenzierte Verantwortung für das Ökosystem Erde – Problematische Ausgestaltung des Handels mit Emissionsrechten**

(Dieser Beitrag setzt den Bericht von Barbara Unmüßig, Heiße Luft und gute Lüfte, VN 1/1999 S. 19f., fort. Text der Klimarahmenkonvention: VN 4/1992 S. 140ff.)

Niemand hatte ernsthafte Fortschritte oder gar Durchbrüche bei der Lösung der zahlreichen offenen Fragen des internationalen Klimaschutzes von der Fünften Konferenz der Vertragsstaaten des *Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC)* erwartet, die vom 25. Oktober bis zum 5. November 1999 in Bonn zusammentrat (Schlußdokument: UN Doc. FCCC/CP/1999/6 mit Add.1). Das unter der Kurzbezeichnung Klimarahmenkonvention bekannte Vertragswerk war im Juni 1992 auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung zur Unterzeichnung aufgelegt worden; in Kyoto wurde dann 1997 ein die Verpflichtun-

gen der Staatengemeinschaft spezifizierendes Protokoll verabschiedet. Im November 1998 beschloß die vierte Zusammenkunft der Vertragsparteien in Buenos Aires ein Arbeitsprogramm (FCCC/CP/1998/16/Add.1) zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls; mit diesem wurde dem fünften Treffen der Vertragsstaaten die Rolle einer eher technischen Konferenz zugewiesen, die vor allen Dingen den Boden für einen Erfolg der darauffolgenden sechsten Staatenkonferenz bereiten sollte. Letztere soll im Herbst 2000 die offenen Fragen so weit klären, daß das Protokoll ratifizierungsfähig wird; bis Mitte Januar hatten 22 Staaten das Kyoto-Protokoll ratifiziert.

### Treffen in der Bundesstadt

Angesichts der herabgestuften Bedeutung des Bonner Treffens war es lange Zeit sogar unsicher, ob die Fünfte Konferenz der Vertragsstaaten überhaupt einen mit den für Umweltfragen zuständigen Ministern besetzten Tagungsteil einschließen könnte oder von vornherein nur auf Beamtenebene stattfinden würde. So nimmt es auch nicht wunder, daß ein Andrang von Gastgeberstaaten ausblieb und die Konferenz schließlich ohne offiziellen Gaststaat am Sitz des Sekretariats in der deutschen ehemaligen Bundeshauptstadt durchgeführt wurde.

Die erste große UN-Konferenz in Bonn blieb in der Stadt selbst kaum sichtbar. Das Hotel Maritim war als Austragungsort deutlich zu klein, nur mit Hilfe von Räumlichkeiten angrenzender Bundesministerien und der Deutschen Post wurde der Platzbedarf erfüllt. Die Stadtverwaltung war der ungewohnten Großaufgabe einigermaßen gewachsen; viele Unzulänglichkeiten waren in Wirklichkeit dem UNFCCC-Sekretariat und auch seiner Finanzknappheit zuzuschreiben, da es diesmal auf keinen offiziellen Gaststaat zurückgreifen konnte. Daß ausgerechnet während der Konferenz die Stadt Bonn Tiefbauarbeiten an der Wegstrecke zwischen Stadtbahn und Tagungsort beginnen mußte, war lästig, aber zu verschmerzen; ironischerweise mußte sich ein Teil des Personals der Stadtverwaltung über die deutschen Umweltverbände akkreditieren lassen, um Zutritt zum Hotel zu bekommen.

Zu der ohnehin niedrigen Erwartungshaltung an die Fünfte Konferenz der Vertragsstaaten kam noch die informelle Absprache zwischen den Hauptkontrahenten Vereinigte Staaten und Europäische Union, die zentralen Streitpunkte auf dieser Zusammenkunft auszuklammern, weil sich keine Seite seit Buenos Aires bewegt hatte. Es war also in Anbetracht bescheidener Aussichten, daß die Bonner Tagung schließlich von der Mehrzahl der Beteiligten positiv gewertet wurde. Auch wenn es in keinem inhaltlichen Punkt irgendwelche Überraschungen gab, war doch in der zweiten Tagungswoche eine kooperative Atmosphäre spürbar. Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte die